



**Christine Lambrecht**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

Berlin, 03. September 2007

### **„Lockerung des Waffenrechts ist politische Geisterfahrt“**

**Zu den Plänen des Bundesinnenministers Schäuble zur Lockerung des Waffenrechts erklärt die stellvertretende rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht:**

Mit seinen Plänen, 18-jährigen den Erwerb von großkalibrigen Waffen zu erleichtern, betätigt sich Bundesinnenminister Schäuble als politischer Geisterfahrer. Bei jeder Gelegenheit gebetsmühlenhaft die Bedrohung der inneren Sicherheit zu betonen und gleichzeitig den Zugang zu Waffen zu erleichtern, ist politische Schizophrenie. Dies schadet nicht nur der Koalition, sondern dem Ansehen der Politik allgemein.

Wie soll man der Öffentlichkeit erklären, dass man das Zugangsalter für Zigaretten heraufsetzt und fast gleichzeitig das Zugangsalter für schwere Waffen herabsetzt? Die Direktorin des Gutenberg-Gymnasiums in Erfurt, Christiane Alt, hat recht, wenn sie darauf verweist, dass die Änderung des Waffenrechts 2002 keine Betroffenheitsentscheidung war, sondern dringend überfällig. Es war damals eine schreckliche Ironie der Ereignisse, dass exakt zur selben Zeit, als die Abgeordneten der Union gegen eine Verschärfung des Waffenrechts durch die SPD-geführte Regierung in einer Bundestagsdebatte wetterten, der furchtbare Amoklauf im Gutenberg-Gymnasium in Erfurt stattfand, bei dem 16 Menschen von einem 19-jährigen Sportschützen erschossen wurden.



Christine Lambrecht  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

Dabei spielt es auch keine Rolle, dass es Menschen auch gelingt, sich illegal Waffen zu verschaffen. Gesetzliche Regelungen fallen zu lassen, weil sie kriminell umgangen werden können ist wohl kaum ein Prinzip eines wehrhaften Rechtsstaats.

Eine Lockerung des Waffenrechts ist genau der falsche Weg. Vielmehr sollte Schäuble ein zentrales Waffenregisters einrichten lassen, wie es die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert. Das wäre eine geeignete Maßnahme für mehr innere Sicherheit.